

## Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte.

Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 3. Mai.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Die Aussprache wird fortgesetzt bei dem gestern noch nicht erledigten § 2, der den Ausschluß von der Wahlberechtigung behandelt. Ausgeschlossen ist 1. wer entmündigt ist, 2. wer im Konkurs ist, 3. wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt, 4. wer wegen eines Vergehens oder eines Verbrechens, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, zu einer Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten rechtskräftig verurteilt worden ist, 5. wer zur Ausübung öffentlicher Ämter unfähig ist, 6. wer unter Polizeiaufsicht steht, 7. wer bei Abschluß der Wählerliste trotz rechtzeitiger Mahnung die für die letzten beiden Rechnungsjahre fälligen und nicht gestundeten Staatssteuern oder Gemeindeabgaben ganz oder teilweise nicht bezahlt hat, 8. wer während des letzten Jahres Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat.

## Gegen die „Fremdrassigen“.

Abg. **Delbrück** (Lnf.) beantragt, den Punkt 3 zu streichen. Der Redner erklärt, daß der Antrag Heins auf Ausschluß der Fremdrassigen nur von dem Antragsteller allein gestellt ist.

Abg. **Dr. Veil** (Str.): Der Antrag Heins steht in keinem Verhältnis zum Ernst der Sache und verdient keine Erörterung. Die schwersten Bedenken haben wir gegen die Bestimmung, wonach die unter Polizeiaufsicht stehenden kein Wahlrecht haben sollen.

Abg. **Heins** (bischöpflich): Bei der Entscheidung über die hochwichtige Wahlrechtsfrage schaltet man alle unsere Kriegsteilnehmer aus. Was würde man sagen, wenn etwa alle Börsenleute ausgeschlossen würden? Verantwortlich dafür ist die Staatsregierung. (Der Präsident ermahnt den Redner, zur Sache zu kommen.) Verschiedene Elemente, die die Vorlage besitzworten, darunter auch die königliche Staatsregierung (Heiterkeit und Unruhe), berufen sich auf das Königswort. Ja, auf welches denn, auf das von Ostern oder vom Juli? (Erneute Mahnung des Präsidenten.) Sollen die 18jährigen Rekruten auch schon das Wahlrecht haben? (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß die allgemeine Aussprache geschlossen ist.) Mein Antrag richtet sich nicht gegen die Polen, sondern gegen die Juden. Der jüdische Abgeordnete **Dr. David** (Dhoruse und Heiterkeit) hat einmal zugegeben, daß die Juden eine eigene Rasse sind. Von der konfessionellen Zählung ist es wieder still geworden, nachdem sie wohl für die Juden ein niederschmetterndes Ergebnis gehabt hat. Ueberall, in allen Ländern, finden sich die Juden zahlreich im Hinterlande.

Und welche Rolle spielen die Juden in der Presse? 55 Männer leiten nach Athenau die Geschicke Europas, unter ihnen sind viele Juden. (Zurufe links: Ahlwardt!) Die Juden wollten im Weltkrieg stets unsere Macht im Dunklen halten, sie kämpften gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg. Man kann sich nicht des Verdachts erwehren, daß Amerika und England mit ihnen in Verbindung gestanden haben. (Starker Widerspruch links.) Wenn der jüdische Einfluß erst ausgeschaltet ist, dann will auch ich Vertrauen zum Volke haben und ihm das gleiche Wahlrecht zuerkennen. Bringen Sie (nach links) dieses Opfer und opfern Sie Ihre Juden. (Stürmische Heiterkeit.) **Moltke** sagt, die Juden sind ein Staat im Staate, **Maria Theresia** (große Heiterkeit) äußerte sich ähnlich. Da mein Antrag keine Aussichten hat, ziehe ich ihn zurück. (Großes Geläch.) Wenn Sie aber den verderblichen Einfluß des Judentums erkennen, werden Sie auch ohne den Antrag diese Bestimmung beschließen. Bringen Sie das Opfer der Juden, vielleicht finden Sie Ersatz an deutschen Männern. (Heiterer Beifall links.)

Abg. **Kanzow** (Freil. Up.):

begründet den fortschrittlichen Antrag. Wir vermissen mit Bedauern den Abgeordneten **Freiherrn von Seidlitz**, dem wir von Herzen baldige Besserung wünschen. Er ist ein Generalstäbler der Politik — nicht so wie die Herren **Reuoldt** und **Büdecke**. Die Freikonservativen lassen Herrn von **Kardorff** nicht reden, aber die Konservativen lassen Herrn **Heins** reden. Das ist bedauerlich. (Zustimmung links.) Herr **Heins** ist eine symptomatische Erscheinung im neuen Deutschland. Er ist Funktionär des „Evangelischen Bundes“. (Hört, hört!) Demgegenüber stelle ich fest, daß vom Zentrum solche Ausfälle niemals erhoben werden, wie denn das Zentrum überhaupt unser aller Dank verdient für sein Eintreten für das gleiche Wahlrecht. Herr **Heins**, der soviel vom Schützengraben redet, ist 1873 geboren; er war die ganze Kriegszeit in Berlin (Widerpruch des Abg. **Heins**). Wenn er sagt: Heraus mit den Juden aus der Presse und aus der Politik, so sollte er doch auch gleich sagen: Heraus mit den Juden aus der Wissenschaft und Wirtschaft! Welchen Dank verdienen so viele Angehörige der Wissenschaft und des Wirtschaftslebens sowie der freien Berufe und auch gerade der Presse, vor allem aber die jüdischen Kriegsteilnehmer im Schützengraben, die ihre Pflicht tun, genau so, wie alle unsere Helden. Kinderei ist es, die Engländer als Händler zu bezeichnen. Unsere Soldaten beurteilen die Engländer anders. Ebenso sinnlos ist es, vom jüdischen Händlergeist zu sprechen. Der von Herrn **Heins** zitierte **Chamberlain**, der erst nach den deutschen Siegen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben und für seine Verdienste das Eiserne Kreuz erhalten hat, darf auf Befehl des Oberkommandos in der Presse nicht angegriffen werden. So steht es mit der „Schutzlosigkeit“ der Antisemiten. Für eine solche Erneuerung des Deutschen Reichs, wie sie Herr **Heins** vorschlägt, danke ich. Für mich faßt sich die ganze Judenfrage zusammen in den Worten: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten.“